

In Kürze

**ARBEITSOSENZAHLEN**  
Quote im Juni:  
2,9 Prozent

Die Arbeitslosenquote in der Schweiz ist im Juni auf 2,9 Prozent gesunken, nachdem sie im Mai noch bei 3,0 Prozent gelegen hatte. Damit waren 4792 Menschen oder 3,6 Prozent weniger bei den Arbeitsvermittlungszentren eingeschrieben als im Vormonat, wie das Staatssekretariat für Wirtschaft mitteilte. Insgesamt waren im Juni 126 498 Arbeitslose gemeldet. Im Vergleich zum Vorjahresmonat erhöhte sich die Zahl der Arbeitslosen jedoch um 10,1 Prozent oder 11 630 Personen. *sda*

**ATOMSICHERHEIT**  
Die Behörde will sich testen lassen

Das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat (Ensi) will sich einem weiteren Test durch externe Stellen unterziehen lassen. Die für die Aufsicht der Schweizer Kernkraftwerke zuständige Bundesstelle reichte bei der Internationalen Atomenergiebehörde eine entsprechende Anfrage ein. Das Ensi will sich 2015 einer Nachkontrolle zum sogenannten Integrated Regulatory Review Service unterziehen lassen. *sda*

**KANTON BERN**

Traditionen werden immer lebendiger

Der Kanton Bern hat die Liste der lebendigen Traditionen erweitert. Ende 2012 haben Vereine und Gruppen 50 Anträge zur Aufnahme auf die Liste eingereicht. Eine unabhängige Expertengruppe hat die Anträge begutachtet und für die Liste ausgewählt. Zu den 75 bereits bestehenden Einträgen wurden 35 Traditionen neu aufgenommen wie zum Beispiel der Jahresbrauch des Achetringelens aus Laupen. Die Liste ist auf der Internetseite der Erziehungsdirektion publiziert. *pd*

**URS ZULAUF**

Von der Finma zur CS

Urs Zulauf, ehemaliges Geschäftsführungsmittglied der Finanzmarkt-Aufsichtsbehörde (Finma), wechselt zur Credit Suisse. Er werde als Verantwortlicher für die Kundensteuerepolitik der CS tätig sein, teilte die Bank mit. *sda*

Heizöl Preise

Richtpreise inklusive MwSt. und LSWA (Preise der Vorwoche in Klammern)	
Längenthal und Umgebung	114.30 (109.80)
1000 Liter	107.60 (103.10)
3000 Liter	103.60 (99.10)
6000 Liter	103.60 (99.10)
Solothurn und Umgebung	116.40 (111.70)
1000 Liter	105.10 (100.40)
3000 Liter	103.50 (98.80)
6000 Liter	103.50 (98.80)
Bern und Umgebung	114.90 (110.50)
1000 Liter	108.10 (103.60)
3000 Liter	102.40 (98.00)
6000 Liter	102.40 (98.00)
Münsingen, Thun, Emmental	115.70 (111.20)
1000 Liter	109.60 (104.40)
3000 Liter	103.8 (99.40)
6000 Liter	103.8 (99.40)
Wimmis, Spiez, Interlaken, Niderrimmisental	116.40 (111.90)
1000 Liter	109.60 (104.40)
3000 Liter	103.8 (99.40)
6000 Liter	103.8 (99.40)
Büren, Linderbrunnen, Frutigen, Zwieselmen	117.70 (113.30)
1000 Liter	110.90 (106.40)
3000 Liter	105.20 (100.80)
6000 Liter	105.20 (100.80)
Regen/Göndelwald, Meiringen, Lenk, Saanenland, Adelboden	118.90 (114.40)
1000 Liter	112.00 (107.60)
3000 Liter	106.30 (101.90)
6000 Liter	106.30 (101.90)

*www.swissölbernsolothurn.ch*

Preise je 100 Liter Heizöl extraleicht (fanko Tank am 9. Juli 2013 (Presse in Frankfurt), im Brennstoffpreis inbegriffen; CO<sub>2</sub>-Abgabe von Fr. 10,28 je 100 Liter.

INTERVIEW REGIERUNGSCHEF ADRIAN HASLER

«Liechtenstein hat Erfahrung darin, fremdes Recht zu übernehmen»

**Das Ländle steht wie die Schweiz wegen des Finanzplatzes unter Druck. Der neue Regierungschef Adrian Hasler sagt im Interview, warum Liechtenstein im Steuerstreit mit der EU lieber auf Europa zugeht, anstatt das Gespräch zu verweigern. Und er erklärt, was ihn an den Schweizern erstaunt.**

**Herr Regierungschef, die Schweizer stellen in Liechtenstein den grössten Ausländeranteil. Um ein Schlagwort der SVP zu benutzen: Sind wir gut integriert?**

*Adrian Hasler* (lacht): In Liechtenstein leben über hundert verschiedene Nationalitäten zusammen. Wir sind ein Einwanderungsland und sind auch auf die Arbeitskraft von Grenzgängern angewiesen. Der Ausländeranteil macht rund ein Drittel der Gesamtbevölkerung von 36 000 Einwohnern aus. Der grösste Teil der Ausländer stammt aus dem deutschsprachigen Kulturraum, also aus der Schweiz, Österreich und Deutschland. Diese Menschen sind bei uns sehr gut integriert. Sie verstehen sich als Teil des Rheintals, wo ein Austausch zwischen den Regionen über die Landesgrenzen hinaus stattfindet.

**Ist es nur eine Frage der Mentalität, oder bemühen sich die Schweizer um Integration?**

Die Schweizer sind gut ins Liechtensteiner Arbeits- und Vereinsleben integriert. Sie interessieren sich sehr für unsere Politik und unser Staatsgebilde. Es gibt auch Auslandschweizer, die mehr über unsere Politik mitbekommen als einzelne Liechtensteiner. In jedem Schweizer schlägt ein direktdemokratisches Herz. Die Liechtensteiner müssen sich von den Auslandschweizern sicher viele Sprüche wegen der Machtbefugnisse des Fürsten anhören. Mein Eindruck ist eher, dass die Schweizer, die bei uns leben, unserer Staatsform viel Verständnis entgegenbringen. Und sogar Sympathie.

**In Liechtenstein wird der Schweizer zum Royalist?**

Die Auslandschweizer anerkennen und schätzen unsere Staatsform, denn sie bietet auch Vorteile. Obwohl sich unsere Systeme stark unterscheiden, so ist Liechtenstein eine Demokratie mit direktdemokratischen Instrumenten. Initiative und Referendum sind Mittel, die den Liechtensteinern zur Verfügung stehen – und die auch genutzt werden. Nur hat bei uns nicht das Volk alleine das

Sagen; die Staatsgewalt ist beim Fürsten und im Volk verankert. **Macht von Gottes Gnaden mutet im Europa des 21. Jahrhunderts etwas seltsam an. Warum halten die Liechtensteiner in Volksentscheiden unerschütterlich an der dualen Souveränität fest?** Es gibt viele demokratische Staaten, in denen das Staatsoberhaupt weitreichende Kompetenzen hat. In Deutschland beispielsweise benötigt ein Gesetz die Unterschrift des Bundespräsidenten, damit es überhaupt erst Rechtskraft erlangt. Das Fürstenhaus hat die letzten 100 Jahre für die Entwicklung des Landes eine tragende Rolle gespielt und viel zur Stabilität wie auch zur Souveränität beigetragen. Denn das Fürstenhaus muss im Gegensatz zur Politik nicht in Legislaturperioden denken und kann sein Handeln auf die lange Sicht ausrichten. Dies zeigt sich an konkreten aussenpolitischen Themen: Ohne Fürstenhaus wäre Liechtenstein nicht in der UNO und auch nicht im Europäischen Wirtschaftsraum EWR.

**Ein EWR-Beitritt der Schweiz gilt als möglicher Ausweg dabei, dem Druck der EU für einen neuen bilateralen Weg entgegenzuwirken. Was für Erfahrungen hat Liechtenstein mit dem EWR gemacht?**

Für Liechtenstein war der Beitritt zum EWR sicher der richtige Entscheid. Das Land hat damit Zugang zu einem riesigen Markt mit 500 Millionen Konsumenten erhalten. Wie in der Schweiz auch wurde dieser Entscheid bei uns im Jahr 1992 kontrovers diskutiert. Es gab Ängste, dass gewisse Wirtschaftszweige ins Abseits gedrängt werden. Das hat sich nicht bewahrheitet. Ganz im Gegenteil. Der EWR-Beitritt hat der Wirtschaft viele positive Impulse verliehen. Und Liechtenstein hat Erfahrung darin, fremdes Recht zu übernehmen.

**Was meinen Sie damit?** Ich erinnere an den Zollvertrag mit der Schweiz. Ähnlich gelagert ist es mit der Übernahme von EU-Recht. Allerdings stossen wir mit unseren beschränkten Ressourcen manchmal an unsere



Der neue Liechtensteiner Regierungschef Adrian Hasler ist seit hundert Tagen im Amt. Der 49-Jährige stellt den über 3500 Schweizern, die im Ländle leben, ein gutes Zeugnis aus.

Brigit Risch

«Too big to fail» ist aktuell kein Problem für Liechtenstein, aber ein Thema.»

Grenzen. Nicht immer ist das EU-Recht für uns wirklich grössenverträglich. Das ist der Preis, den wir als Kleinstaat zahlen müssen. Ich bin jedoch davon überzeugt, dass sich die Liechtensteiner heute erneut für den EWR entscheiden würden. **Zurück zum Fürstenhaus: Wie hoch ist der Grad seiner Einmischung in die Arbeit der Regierung?** Es ist eine gute Zusammenarbeit und keine Einmischung. Ich traf

me mich regelmässig mit Erbprinz Alois. Dabei informiere ich ihn über die Arbeit der Regierung und orientiere ihn über geplante Vorstösse. Im Gegenzug erfahre ich, was beim Fürstenhaus ansteht und welche Vorschläge der Erbprinz hat. Die Gespräche finden in einer offenen Atmosphäre statt. Natürlich sind dabei unterschiedliche Standpunkte erlaubt. **Was steht derzeit auf der Tagesordnung Ihrer Treffen?** Aktuell beschäftigen wir uns mit

ganz zentralen Themen für die Zukunft. So muss der Staatshaushalt ins Lot gebracht werden. Die Pensionskasse für das Staatspersonal bedarf einer Sanierung. Und nicht zuletzt geht es um die Ausrichtung des Finanzplatzes. **Gerade Kleinststaaten mit einem starken Finanzplatz stehen unter Druck von grossen Ländern. Wie geht die Regierung Hasler damit um?** Kurz nach meinem Amtsantritt als Regierungschef wurde be-

kannt, dass Luxemburg im Jahr 2015 den automatischen Informationsaustausch einführen wird. Das hat einiges ausgelöst. Österreich, die Schweiz und Liechtenstein kamen plötzlich in Zugzwang. Liechtenstein verfolgt seit mehreren Jahren eine aktive Politik in dieser Frage. 2009 haben wir mit der «Liechtenstein-Erklärung» die internationalen Standards der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung für

Transparenz und Informationsaustausch anerkannt und setzen diese nun konsequent um. Auch in der aktuellen Entwicklung liegt es in unserem Interesse, eine aktive Rolle in den Verhandlungen wahrzunehmen und vorhandene Spielräume zur Durchsetzung von liechtensteinischen Interessen zu nutzen. **Mit Zugeständnissen ist es so eine Sache. Die Schweiz muss mit den USA gerade erfahren, dass trotz Entgegenkommen**

immer mehr Forderungen auf sie zukommen. Es stellt sich immer die Frage, wie man auf äusseren Druck reagieren soll. Abblocken? Selber aktiv werden? Für Liechtenstein ist klar, dass wir uns als Kleinstaat den aktuellen Diskussionen nicht verschliessen können. Wir haben unsere Gesprächsbereitschaft signalisiert und sind damit einen Schritt auf die EU zugegangen, ohne aber vorzupreschen. Unser Vorgehen hat den Vorteil, dass wir der EU unseren Standpunkt klar und frühzeitig kommunizieren konnten. Es geht dabei unter anderem um die Bewahrung und Sicherung des Marktzugangs und die Vermeidung von Doppelbesteuerungen respektive den Abschluss von Doppelbesteuerungsabkommen. **Werden die Bemühungen von Liechtenstein ernst genommen, oder geht es der EU einzig darum, ohne Rücksicht auf Verluste Steuern einzutreiben?** Für uns ist grundsätzlich die Rechtssicherheit entscheidend. Wenn es der EU primär um die Steuereinnahmen gehen würde, müsste sie eigentlich eine Abgeltungssteuer fordern. Die EU will aber den automatischen Informationsaustausch. Das heisst, die EU ist an den Namen interessiert. Ich selber bin gespannt, wie die EU-Länder diese Datenflut bewältigen werden.

**All diese Entwicklungen lassen fast nur einen Schluss zu: Das Bankgeheimnis neigt sich dem Ende zu. Für mich hat das Bankgeheimnis nach wie vor seine Berechtigung. Dabei geht es um den legitimen Schutz der Privatsphäre. Es kann doch nicht sein, dass Behörden ohne Grund Einblick in die privaten Kontobewegungen von Bankkunden erhalten. Ein anders gelagerter Fall liegt vor, wenn Behörden im Rahmen von Ermittlungen konkrete Anfragen stellen. Dies ist heute im Rahmen diverser Abkommen bereits möglich. **Nimmt die Bedeutung des Finanzplatzes Liechtenstein ab?** Das klassische Treuhandgeschäft der vergangenen Jahre verliert an Bedeutung. Ich rechne damit, dass der Finanzsektor nicht mehr die Blütezeit der vergangenen Jahre erreichen wird. In Zukunft geht es darum, dass der Finanzplatz neue Dienstleistungen und**

ZUR PERSON

**Adrian Hasler** von der Fortschrittlichen Bürgerpartei (FBP) ist am 3. Februar 2013 zum Regierungschef des Fürstentums Liechtenstein gewählt worden. Im Amt ist der 49-Jährige seit dem 27. März 2013. Als Regierungschef untersteht Hasler in der aktuellen Koalitionsregierung mit der Vaterländischen Union (VU) das Ministerium für Präsidiales und Finanzen. Vor seiner Wahl war der studierte Betriebswirt Polizeichef von Liechtenstein. Hasler ist verheiratet und Vater von zwei Kindern. *met*

Kanton verzichtet auf Fachstelle

**SUCHT Der Kanton Bern will das Case Management in der Suchthilfe definitiv einführen. Bei der Umsetzung folgt er dem Vorschlag der Fachleute und verzichtet auf eine zentrale kantonale Fachstelle.**

Drogensüchtige erhalten von so vielen Seiten Unterstützung, dass es immer wieder zu Doppelspurigkeiten kommt. GLP-Grossrätin Barbara Mühlheim forderte deshalb 2009 in einer Motion, die Suchthilfe sei besser zu koordinieren. Ende 2011 setzte die Gesundheits- und Fürsorgedirektion (GEF) die Motion um und schuf mit der Stadt Bern die Fachstelle Case Management Sucht. Ziel des Pilotprojekts war es, Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Suchthilfe durch Fallkoordination zu verbessern. Mittlerweile ist das Projekt abgeschlossen. Es habe sich gezeigt,

dass eine interinstitutionelle Fallkoordination wichtig und richtig sei, schreibt die GEF in einer Mitteilung. Im insgesamt 480 000 Franken teuren Projekt betreute die Fachstelle 72 Personen im Alter von 23 bis 57 Jahren. Laut GEF hatte das Case Management «in einigen Fällen positive Wirkung auf die Klienten», etwa indem sich deren Wohn- oder Arbeitssituation verbesserte. Deshalb will die GEF die Fallkoordination bis Mitte 2014 im ganzen Kanton einführen.

«Zu viel Leerlauf»

Die Organisationsform einer einzigen Fachstelle hat jedoch den Praxisistest im Pilotversuch nicht bestanden. Deshalb folgt die GEF nun dem Vorschlag der Fachleute und will das Case Management dezentral einführen. Barbara Mühlheim, Grossrätin und Gesundheitsleiterin der heroinge-

stützten Behandlung Koda, ist darüber erleichtert. An der Umsetzung des Pilotprojekts übt sie jedoch Kritik. Dieses habe zu viel bürokratischen Leerlauf und Doppelspurigkeit in der Betreuung produziert. «Man wäre schneller und günstiger zum selben Schluss gekommen, wären die kritischen Voten einiger Fachleute in der Projektphase erster genommen worden.»

Laut GEF legt der Kanton die Ausgestaltung der Fallkoordination fest. Tatsächlich aber haben die Suchthilfestellen Contact Netz und Koda bereits ein pflanzenfremdes Konzept in der Schulblade. «Dadurch sollen keine Zusatzkosten entstehen», so Mühlheim. In Thun, Biel und Burgdorf seien ähnliche Konzepte in Arbeit oder bereits abgeschlossen. «Jetzt geht es darum, dass der Kanton die Leistungsverträge anpasst.» *as*

Erfolgreiche Berner an der Berufsweltmeisterschaft

**LEIPZIG Die Schweiz hat ihren Spitzenplatz als beste europäische Nation an der 42. Berufsweltmeisterschaft in Leipzig erfolgreich verteidigt.**

Nur Korea war besser. Der zweite Gesamtrang an der Berufsweltmeisterschaft ging an die Schweiz. Das Schweizer Team kehrt mit neun Gold-, drei Silber-, fünf Bronzemedailen und 18 Diplomen zurück.

54 Nationen vertreten

«Wir konnten uns gegenüber den Berufsweltmeisterschaften in London 2011 deutlich steigern und sind nun mit Abstand das beste europäische Land», freute sich der Technische Delegierte Rico Cioccarelli nach einer Medientour der Stiftung Swiss-skills vom späten Sonntagabend. Junge Berufsleute aus insgesamt

54 Nationen demonstrierten ihr berufliches Wissen und Können in Leipzig. Die 39 Schweizer Kandidatinnen und Kandidaten waren in 37 Berufen vertreten. Insgesamt massen sich 1000 Teilnehmer in 46 Disziplinen.

Drei Medaillen für Bern

Unter den Schweizer Medaillengewinnern befinden sich auch drei aus dem Kanton Bern. Es sind die Elektroinstallateur Samuel Schenck aus Bowil, Plattenleger Thomas Siegenthaler aus Möriegen und Zimmermann Stefan Oppliger aus Goldwil.

Die Berufsweltmeisterschaften in handwerklichen, industriellen und Dienstleistungsberufen werden alle zwei Jahre in einem jeweils anderen Gastgebirland durchgeführt. Die Teilnehmer dürfen nicht mehr als 22 Jahre alt sein. *sda/bw*

Mehr Ausschaffungen ab Belp

**ASYLWESEN Der Kanton Bern will Zürich entlasten und neu auch begleitete Ausschaffungen per Linienflug ab Bern-Belp durchführen. Grossrat Hasim Sancar verfasst dies mit Sorge.**

Rechtskräftig abgewiesene Asylbewerber müssen die Schweiz verlassen. Wer dies nicht freiwillig tut, wird von Polizisten begleitet per Linienflug in sein Heimatland gebracht. Wer körperlichen Widerstand leistet, wird per Sonderflug ausgeschafft. Zwar werden 80 Prozent aller unfreiwilligen Ausreisenden ab dem Flughafen Zürich-Kloten durchgeführt. Doch auch ab anderen Schweizer Flughäfen, so auch ab Bern-Belp, finden Sonderflüge statt. Wie Anfang Jahr publik wurde, wollen die Flughafenkantone Zürich entlasten und mehr Ausschaffungen durchführen. Ein

Umstand, der dem Berner Grossrat Hasim Sancar (Grüne) Sorge bereitet, wie er in einer Interpellation schreibt. Ausschaffungen seien höchst problematisch und aus der Menschenrechtsperspektive umstritten. Er will deshalb vom Regierungsrat wissen, ob die Pläne konkret aussehen, ob der Flughafen über die nötige Infrastruktur verfügt und wer die Verantwortung übernimmt.

In der Antwort schreibt die Regierung, es gebe bereits zehn Sonderflüge pro Jahr ab Bern-Belp. Neu sollen zudem jährlich maximal 200 begleitete Ausreisenden auf Linienflügen stattfinden. Die Durchführung und damit auch die Verantwortung übernehme die Kantonspolizei. Laut Regierung sind Abklärungen über einen allfälligen Infrastrukturausbau im Gange. Für Not- und Zwischenfälle sei der Flughafen Belp aber bereits gerüstet. *as*

MONITORING

**Bilanz** Die Anti-Folter-Kommission (NKVF) kritisiert in ihrem Bericht den Einsatz von Beruhigungsmitteln auf Ausschaffungs-sonderflügen. In einzelnen Fällen seien die Medikamente gegen den Willen der Betroffenen eingesetzt worden. Die Kommission begleitete von Juli 2012 bis April 2013 31 Flüge. In 4 Fällen seien Beruhigungsmittel zwangsweise verabreicht worden. Nach Gesetz dürfen Medikamente nur eingesetzt werden, wenn dies aus medizinischer Sicht nötig ist. Problematisch sei auch, dass in einigen Kantonen das Arztgeheimnis den Informationsfluss beeinträchtigt. Positiv wertete die NKVF, dass Zwangsmassnahmen – namentlich Fesselungen – differenzierter angewendet worden sind. *sda*

Blocher siegt vor Bundesgericht

**FALL HILDEBRAND Der Zürcher Oberstaatsanwalt Martin Bürgisser muss sich doch einer Untersuchung wegen Amtsgeheimnisverletzung stellen.**



Christoph Blocher war mit seiner Beschwerde erfolgreich. *Keystone*

Das Bundesgericht hat eine Beschwerde von SVP-Nationalrat Christoph Blocher gutgeheissen. Es hat entschieden, dass die Ermächtigung zur Strafuntersuchung gegen den Zürcher Oberstaatsanwalt Martin Bürgisser wegen Amtsgeheimnisverletzung zu erteilen sei. Laut den Richtern in Lausanne ist dabei vom Grundsatz «im Zweifelsfall Anlage erheben» auszugehen. Im März 2012 hatten sich Bürgisser und weitere Mitglieder der Zürcher Strafverfolgungsbehörden zu einer Sitzung getroffen. Dabei wurde beschlossen, gegen Blocher im Zusammenhang mit der Weitergabe von Bankdaten zum ehemaligen Na-

Ende 2012 entschied das Obergericht, in Zusammenhang mit dieser E-Mail keine Ermächtigung zur Strafverfolgung gegen Bürgisser zu erteilen. Es fehle ein hinreichender Tatverdacht.

Das Bundesgericht hat die dagegen erhobene Beschwerde von Blocher nun gutgeheissen. Laut den Richtern kann nicht gesagt werden, dass das Versenden der fraglichen E-Mail klarerweise keine Amtsgeheimnisverletzung darstellte. Fest stehe, dass es sich bei der weitergegebenen Information um ein Amtsgeheimnis handle.

Definitiv vom Tisch ist eine Anzeige wegen Amtsgeheimnisverletzung, die SVP-Nationalrat Christoph Mörgeli gegen Bürgisser eingereicht hatte, weil sich dieser in einem Pub zum Antrag auf Aufhebung der parlamentarischen Immunität gegenüber Blocher geäussert hatte. *sda*